

Prietos für Spanien bedeutete. Garcia Prieto sah infolge der Zerrissenheit der liberalen Partei, der er selbst angehörte, eigentlich von Anfang an zwischen zwei Stühlen. Bekanntlich hat am 19. April d. J. Graf Morrañones dem König seine Entlassung eingereicht, weil sein Vorschlag, die internationale Lage vor die Volksvertretung zu bringen, mit anderen Worten, das Parlament zum Eingreifen in den Krieg auf der Seite der Verbandsmächte zu veranlassen, im Ministerrat auf Widerstand stieß. Die Abnahme der Staatsgeschäfte übernahm damals das gleichfalls liberale Kabinett Garcia Prieto, das sich trotz seiner Zusammenkunft zur Entente doch entschlossen zur Neutralitätspolitik des Königs stellte. Die Entente ließ natürlich in den letzten Monaten, da die Entscheidung dieses Krieges immer näher kommt, nichts unversucht, um auch noch Spanien in ihr Joch zu spannen, und ihre Bemühungen fanden bei den radikalen Elementen in Spanien und natürlich bei Morrañones selbst bereitwillige Unterstützung. Da aber Morrañones innerhalb der spanischen Liberalen nach wie vor seinen Einfluß geltend machte, war die Stellung Prietos außerordentlich heikel. Er hatte für seine Neutralitätspolitik weder den ententefremdlichen Teil des Liberalismus hinter sich, noch konnte er sich auf die Konservativen stützen, die, insbesondere soweit sie dem Militär angehörten, eine feste Politik von ihm verlangten. So reifte die Stunde der Konservativen heran, die nun mit Dato, der schon früher konservativer Ministerpräsident gewesen war, die Herrschaft wieder an sich gerissen haben. Die Aufrechterhaltung der spanischen Neutralität ist damit gesichert. Daß nicht Morrañones selbst, der einstmalige Führer der spanischen Konservativen und sicherlich der kommende Mann in Spanien, sondern Dato die Kabinettsbildung übernommen hat, spricht nur für die Mündigkeit dieses gewissen Politikers. Offenbar hält Morrañones seine Stunde, die nach seiner besondern Rede im Madrider Stierkampf nur eine solche der Aktivität sein kann, noch nicht für gekommen. Dato's Regierung aber dürfte nach allem, wie sich die Dinge entwickeln, nur ein Übergangsstadium darstellen bis zu dem Momente, wo Spanien an die Verwirklichung seiner nationalen Ziele denken kann.

Kardinal Mercier und die deutschen Katholiken

Was, Vondrillart soll sich nach Mitternachtsnacht mit der Abicht tragen, eine internationale katholische Friedenskonferenz nach Stockholm einzuberufen. Hier liegt ein Irrtum vor. Kardinal Mercier hat in der Nummer der „Civilté“ vom 1. Juni (Abendnummer) die Idee eines solchen Monarchies als eine geradezu teuflische Idee der deutschen katholischen Brandstifterinnen und eiert auf das bestmögliche gegen ihre Ausführung. Kardinal Mercier beruft sich auf ein neues Sendschreiben des Kardinals Mercier, das leiner an alle Bischöfen und Pörrer seiner Erzdiözese verfaßt habe. Was, Vondrillart zitiert nur einen Satz aus diesem Sendschreiben, da er es als bekannt bei seinen Lesern voraussetzt; die ganze Ententebreite hatte es nämlich in den letzten Wochentagen veröffentlicht. Dieses Schreiben, dessen Echtheit der Kardinal Mercier bisher noch nicht bestritten hat, richtet sich gegen die Friedensbestrebungen der deutschen Katholiken in einer geradezu empörenden Weise. Es hat folgenden Wortlaut:

„Die Katholiken jenseits der Grenze, die kein Tadelswort für die deutschen Rebellien fanden, als Belohnung verhängt wurde, als man unsere Krieger erlöste und unsere offenen Städte anzündete, diese Katholiken, die Verbrecher für Hundsdulde ausgaben, die mit verführten Armen den Kolossalatzen eines ihnen ebenfalls befreundeten Volkes zuschauten, singen heute der christlichen Brudertliebe ein Loblied und predigen, das Vergangene zu vergessen.“

Unsere Pflicht ist es nichtsdestoweniger auf der Wiederherstellung des geschändeten Rechts zu bestehen, auf die Bückung der Sündigen und für die Schaffung geeigneter Mittel Sorge zu tragen, die die Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich machen.

Die Stunde der Veröhnung (compassion) wird nicht eher schlagen, bis das Unrecht eingestanden ist, als die renige Zerkürigung zutage tritt und als die auferlegte Strafe angenommen ist.“

Dies der Inhalt des Schreibens. Wir fordern nunmehr: Kardinal Mercier möge sich klipp und klar darüber aussprechen, erkennt er an, daß er einen derartigen Brief geschrieben hat oder nicht? Im ersten Fall werden die deutschen Bischöfe, wie die deutschen Katholiken überhaupt ihm die gebührende Antwort gewiß nicht schuldig bleiben.

Sächsischer Landtag

Erste Kammer.

Dresden, 13. Juni. Die Erste Kammer trat heute nachmittags 1½ Uhr zu ihrer 45. öffentlichen Sitzung zusammen, der auch Prinz Johann Georg und die Staatsminister Graf Bismarck v. Goltz und v. Seydewitz sowie Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Koch und der Vorstand des Lebensmittelamtes Geh. Regierungsrat Dr. Schmidt bewohnten.

Verlagsbuchhändler Brockhaus-Leipzig berichtete zunächst namens der 1. und 2. Deputation über das königliche Dekret Nr. 11 betr. den Entwurf eines Gesetzes über den Haushalt des staatlichen Elektrizitätsunternehmens.

Oberbürgermeister Blüher schloß sich den Ausführungen und Anträgen als Mitberichterstatter an und hebt hervor, daß besonders die Ankündigung der kaufmännischen Buchführung in der Deputation freudig begrüßt worden sei.

Staatsminister v. Seydewitz dankt der Deputation und den Berichterstattern für die Verabschiedung des Ge-

setzentwurfes. Auch die Änderungen würden von der Regierung begrüßt. Sie seien auf dankenswerte Anregungen zurückzuführen, die in der letzten Sitzung der Zweiten Kammer zur Sprache gebracht worden seien. Man könne in ihnen Verbesserungen des Gesetzentwurfes erblicken. Zum lebhaften Bedauern der Staatsregierung habe jedoch die Mehrheit der Deputation beschlossen, § 9 Abs. 1 des Gesetzentwurfes zu streichen. Es handle sich hier um das Steuerrecht der Gemeinden. Jedenfalls bitte er das hohe Haus, die von der Mehrheit der Deputation beantragte Streichung des § 9 Abs. 1 abzulehnen und hierüber besonders abstimmen zu lassen.

Kammerherr Dr. Zaher v. Zaher-Ehrenberg wendet sich für die Streichung des § 9 Abs. 1 aus.

Oberbürgermeister Dr. Dietrich-Leipzig äußert sich in dem gleichen Sinne und hebt hervor, daß der Staat in keiner Weise geschädigt werde, wenn die Streichung stattfinde.

Staatsminister v. Seydewitz stellt fest, daß eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Deputation sich der Ansicht der Regierung angeschlossen haben.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Bach-Leipzig spricht sich gegen die Beibehaltung von § 9 Abs. 1 aus. Wenn die Schlussfolgerungen der Regierung richtig seien, dann sei auch der Ablass überflüssig. Ein Gesetz dürfe nicht noch besonders deklariert werden.

Staatsminister v. Seydewitz vertritt nochmals seinen Standpunkt und spricht sich gegen die Streichung aus.

Oberbürgermeister Blüher hebt als Mitberichterstatter hervor, daß die Ausführungen des Herrn Finanzministers bereits in den Deputationen hin und her erwogen worden seien. Trotzdem sei man zu einem ablehnenden Standpunkte gekommen. Bei einem 100-Millionen-Unternehmen, wie es das staatliche Elektrizitätsunternehmen sei, kämen einige tausend Mark Gemeindesteuern überhaupt nicht in Betracht.

Der Gesetzentwurf wurde hierauf mit den von den beiden Deputationen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Verlagsbuchhändler Brockhaus berichtet dann namens der 1. und 2. Deputation über den Antrag des Abgeordneten Gassen und Genossen, Lebensmittelversorgung betreffend. Er beantragte, die Annahme der von der Zweiten Kammer beschlossenen und von uns bereits bekanntgegebenen Anträge.

Prinz Clemens zur Lippe weist als Mitberichterstatter darauf hin, daß der Punkt 2 des Antrages, noch dem mit feiler Entschlossenheit alle ermittelten Lebensmittel, auch die sogenannten Auslandswaren, beschlagnahmt und der allgemeinen Versorgung zugeführt werden sollen, zu bedenken führen könne. Nach seiner Meinung seien hierunter lediglich alle für die allgemeine Versorgung geeigneten Lebensmittel zu verstehen. Im anderen Falle würde dies zu einem Kommunismus führen, durch den der Bevölkerung nicht genützt, sondern nur geschadet werde.

Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Dietrich-Leipzig spricht die Hoffnung aus, daß das Haus den Anträgen zustimmen werde. Angesichts der Zeitverhältnisse sei es nicht angezeigt, in größere Debatten über den Gegenstand einzutreten.

Oberbürgermeister Lehmann-Planen stellt ebenfalls hinter den Anträgen der Deputation und verweist auf einen Vortrag in Planen bei der Bekämpfung des Schleichhandels, den er dem Ministerium des Innern mitgeteilt habe.

Graf Schönburg-Glauchau weist darauf hin, daß die Einführung von Auslandswaren durch die Zentraleinkaufsgesellschaft erfolge. Hierbei seien vielfach nicht unbedeutende Klagen erhoben worden. Nach seiner Meinung würde es richtiger sein, wenn für den Einkauf von Nahrungsmitteln mehr Freiheit als bisher gewährt werden könne. Man habe immer auf die Hebung unserer Valuta hingewiesen. Auf keinen Fall dürfe jedoch die Hebung der Valuta auf Kosten der Volksernährung geschehen. Die Feinde könnten den Krieg lediglich durch Ausknagerung gewinnen und dieser müsse in erster Linie vorgebeugt werden.

Die Kammer stimmte hierauf den Anträgen der Deputation einstimmig zu.

Präsident Dr. Graf Bismarck v. Goltz teilt mit, daß die nächste Sitzung infolge Mangels von Material noch nicht anberaumt werden könne.

Staatsminister a. D. Graf v. Mevius-Reichenbach teilt nach einer kurzen Pause mit, daß die Zwischendeputation ihn zum Vorsitzenden, den Kammerherren Zaher v. Zaher-Dahlen zum stellvertretenden Vorsitzenden und den Bürgermeister Dr. An sowie den Präsidenten a. D. v. Kirchbach zu Schriftführern gewählt habe.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Landtagsnachrichten

Dresden, 13. Juni. Die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer hat in ihrer letzten Sitzung die im Nachtragshaushaltsplan für 1916/17 geforderten Beträge von 32 Millionen Mark für Feuerungsanlagen an Beamte, Arbeiter, Geistliche, Volksschullehrer usw. bewilligt. In gleicher Weise wurden die geforderten Summen von 1,6 Millionen Mark für die arbeitslos gewordenen Textil- und Schuharbeiter bewilligt und die Kapitel „Forsten und staatliche Braunkohlenwerke“ nach den vorliegenden Vorschlägen genehmigt.

Der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem sozialdemokratischen Antrag beschäftigt, der dahingehet, die Regierung zu ersuchen, zu ihrer Vertretung im Bundesrat dahin zu wirken, daß die von der Reichsleitung zugesagte volkstümliche und freiheitliche Neuordnung alsbald durchgeführt wird. Die Vertreter der

rationalliberalen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Fraktion erklärten sich für den Antrag, teilweise mit geringen Änderungen, während die konservativen Abgeordneten gegen den Antrag stimmten. Am Schluß wurde der Antrag in etwas abgeänderter Form mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Es wurde beschlossen, beim Direktorium zu beantragen, den Antrag der Zweiten Kammer besonders zur Beachtung vorzulegen.

Der Weltkrieg

Der deutsche Abendbericht

Berlin, 13. Juni abends. (Mittl. B. T. B.) Von den Fronten sind bisher keine größeren Nachrichten gemeldet.

Die Zeitung London wurde heute von unteren Fliegern mit Bomben beworfen.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht

Wien, (B. T. B.) Mittl. wird verlautbart am 13. Juni 1917:

Oestlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Wie aus den jüngsten Feindberichten hervorgeht, ist abermals die italienische Front oft beklagte Witterungsunbill, die auch in den letzten Tagen die italienische Streitkraft nicht zu nachvollkommener Entfaltung gelangen ließ. Zu vermehren auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden die Gegner peitern erst nach Einbruch der Dunkelheit keine Angriffe wieder aufzunehmen, die er zuerst im Gebirgsgebiet und nach Witternacht auch gegen den Monte Jorno und die Grenzhöhen ansetzte. Unsere alpenländischen Truppen schlagen den Feind zurück. Er erlitt namentlich im Nordstängel seiner Angriffsstruppen sehr schwere Verluste. Bei der Monzo-Armeer stellenweise lebhafterer Geschützkampf.

Der Chef des Generalstabes.

Vom westlichen Kriegsschauplatz

In Mont Tor-Wass bei Lyon wird angeblich ein geräumiges militärisches Lager errichtet, das für durchziehende englische Truppen bestimmt sei. Man schließt daraus, daß nächstens neue englische Einheiten in Frankreich eintreffen werden.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz

Auf der Salonikifront wurden die russischen Truppen aus unbekannter Ursache entfernt und vorläufig hinter die Front gebracht.

Vom Seekrieg

Ein deutsches Unterseeboot hat den bewaffneten amerikanischen Dampfer „Petroline“ (5710 Br. Reg. T.) versenkt. 20 Mann wurden gelandet. Zwei besetzte Boote werden vermisst.

Ein spanisches Torpedoboot land Montag früh in der Nähe der Bucht von Cadix das deutsche Unterseeboot „U 52“, dessen Maschinen durch einen Minenanschlag beschädigt waren. Die Besatzung beträgt 20 Mann. Das Unterseeboot ist in den Hafen von Cadix eingeschleppt worden. Es darf mit den Schiffen der Mittelmächte, die in diesen Hafen Zuflucht gesucht haben, nicht in Verbindung treten. Da die Ausbesserungen mehr als zwei Tage dauern werden, wird das Unterseeboot eingeschlossen werden. Der deutsche Kommandant stakete den Behörden einen Bericht ab, der von diesen erwidert wurde.

Der Dampfer „Vreid“ von Forsgrund (1062 T.) wurde am 11. Juni nachmittags versenkt. Die Besatzung ist in Verwick gelandet. Der Dampfer „Sörland“ von Söngelund (2172 T.) wurde 160 Seemeilen von West verfenkt. Die Besatzung ist gerettet. Das Generalkonsulat in Bilbao meldet: Der Dampfer „Tordener“ von Forslund (1450 T.) wurde am 9. Juni versenkt. Die Besatzung von 18 Mann ist in Vigo angekommen.

Der Postdampfer „Sequana“ (5557 Br. Reg. T.) von der Compagnie Södatlantique ist am 8. Juni 2 Uhr morgens im Atlantischen Ozean torpediert worden. Er hatte 550 Passagiere und 100 Mann Besatzung an Bord. Die Anzahl der Vermissten beträgt 190.

Deutsches Reich

Die Reichstagswahlen werden um ein weiteres Jahr, also bis Januar 1919 hinausgeschoben. Eine entsprechende Vorlage geht dem Reichstage im Oktober zu.

Aus dem Ausland

Oesterreich-Ungarn

In Wiener Kathaukreisen wird zurzeit das Projekt der Reichsunmittelbarkeit der Stadt Wien diskutiert. Grund sei die finanzielle Lage der Stadt, die durch Loslösung von der Finanzwirtschaft Niederösterreichs 30-40 Millionen Kronen jährlich ersparen würde.

Holland

Die Blätter melden, daß die niederländischen Eisenbahnen nach dem 30. Juni erholungsbedürftige Kinder, die vom Auslande kämen, nicht mehr befördert würden.

Rußland

Mehr als hundert Generale wurden soeben wegen ihrer Teilnahme an der gegenrevolutionären Bewegung in Rußland ihres Amtes entsetzt.